



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
KREISVERBAND GIESSEN



09.04.2013
[Handwritten signature]

Herrn
Kreistagsvorsitzenden
Karl-Heinz Funck
Riversplatz 1-9
35394 Gießen

Vorlage Nr.: 0655/12013

Mit Antrag
auf direkte
Ausschüßberatung

Gießen, 09.04.2013

Erhalt der Wasserversorgung als öffentliche Aufgabe

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

die Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis90 / Die Grünen und Freien Wählern bitten Sie zur Sitzung des Kreistages am 06.05.2013 folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag setzt sich für den Erhalt der Wasserversorgung als öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge ein, und lehnt den von der EU-Kommission vorgelegten Entwurf zur Konzessionsvergabe im Wasserbereich ab.

Der Kreistag appelliert eindringlich an die deutschen Beteiligten am weiteren Gesetzgebungsverfahren – Europaabgeordnete sowie Bundes- und Landesregierungen – die von den Kommunen verantwortete Versorgung mit hochwertigem und preiswertem Trinkwasser unbefristet sicherzustellen.

Der Kreistag begrüßt ausdrücklich die Zielrichtung der Initiative ‚Wasser ist ein Menschenrecht‘ gegen die EU-Konzessionsrichtlinie, mit der engagierte Bürgerinnen und Bürger mittels des neuen Instruments der Europäischen Bürgerinitiative und mindestens einer Million Unterschriften das Vorhaben der EU-Kommission verhindern wollen.

Im Sinne dieser Resolution soll der Kreisausschuss über die kommunalen Spitzenverbände und Fachverbände diese Position deutlich machen und diese aufzufordern, ebenfalls der geplanten Richtlinie zu widersprechen und entsprechend aktiv zu werden.

Begründung:


Die Versorgung mit sauberem Trinkwasser ist ein Menschenrecht. Wasser als essenzielles Lebensmittel darf nicht zum bloßen Handelsgut verkommen. Die Sicherung der Versorgung mit sauberem Trinkwasser darf nicht vordergründigen Profitinteressen geopfert werden.

Der Bereich der öffentlichen Versorgung stellt für die Privatwirtschaft einen attraktiven Markt dar, aus dem sie Profit ziehen möchte und in dem sie mit Unterstützung massiver Lobbyarbeit hinein strebt. Die EU-Kommission öffnet mit dem von ihr vorgelegten Entwurf zur Konzessionsvergabe im Wasserbereich der immer stärker werdenden Tendenz privater Unternehmen auf dem Sektor der öffentlichen Versorgung Fuß zu fassen Tür und Tor.

In Deutschland wird im Allgemeinen die Aufgabe der Wasserversorgung in öffentlicher Hand von kommunalen Trägern vorbildlich und gut funktionierend wahrgenommen. Investitionen in Erhaltung und Verbesserung der Infrastruktur und die Versorgung werden gerecht über Gebühren an die Verbraucher weitergegeben. Es besteht weder Anlass noch Notwendigkeit

dieses gut funktionierende System der öffentlichen Wasserversorgung für eine auf Profitmaximierung orientierte Privatwirtschaft zu opfern. Gerade im sensiblen Bereich der Trinkwasserversorgung haben zahlreiche Rekommunalisierungsverfahren gezeigt, dass die Privatwirtschaft oftmals nicht in der Lage ist diese Aufgabe verantwortungsgerecht wahr zu nehmen

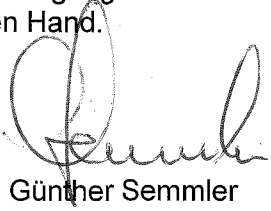
Das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser ist im Juli 2010 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen als Menschenrecht anerkannt worden. Alles Leben auf unserem Planeten ist der Existenz von Wasser als vorhandener natürlicher Ressource zu verdanken. Sauberes Trinkwasser ist die wichtigste Ressource auf die ausnahmslos alle Menschen angewiesen sind. Daher gehören der Schutz und die Versorgung mit Trinkwasser als Daseinsvorsorge in die Obhut des Staates bzw. der öffentlichen Hand.



Horst Nachtigall
SPD-Fraktion



Hiltrud Hofmann
Fraktion B'90/Die Grünen



Günther Semmler
Fraktion Freie Wähler